

Ernst Voit

Der Iran in der Nahost-Strategie der USA

Vor der Bewertung militärischer Optionen gegen das Atomprogramm des Iran sei zunächst betont, dass nicht der Iran die USA mit einem Angriffskrieg bedroht, sondern die USA den Iran. Das ist – historisch betrachtet – keineswegs neu. Denn der Iran hat – anders als die USA – in den über 100 Jahren seiner Existenz kein anderes Land angegriffen, sondern Krieg ausschließlich zu seiner Verteidigung geführt. Erinnerung sei hier vor allem an den Golfkrieg II von 1980 bis 1988, in dem sich der Iran gegen den von den USA maßgeblich unterstützten Aggressor Irak verteidigen musste.

Außerdem haben wir es bei der Behandlung des Atomprogramms des Iran durch die USA und deren Verbündete mit einer Herangehensweise zu tun, die sich durch eine eklatante Ungleichbehandlung auszeichnet. Man vergleiche nur die Einschätzung und Behandlung des Iran mit der Behandlung der Kernwaffenstaaten Indien, Pakistan und Israel, die - im Unterschied zum Iran - bis heute nicht dem Kernwaffensperrvertrag beigetreten sind.

Schließlich ist auch, wie der Völkerrechtler Norman Paech zurecht betont, „die Problematik des iranischen Atomprogramms ohne die Einbeziehung der Bedrohung durch Israel und des Palästinenserproblems nicht zu verstehen. Nur im Gesamtkontext ist eine Lösung möglich, die in Form einer atomwaffenfreien Zone im ganzen Mittleren Osten gesucht werden sollte.“¹

Langfristige USA-Strategie

Schon lange bevor die Bush-Administration den heutigen Iran zum *Schurkenstaat* erklärte und auf der von ihr konstruierten *Achse des Bösen* fixierte, haben die USA immer wieder direkt und indirekt Gewalt eingesetzt, um sich den Iran in imperialistischer kolonialer Manier unterzuordnen. Natürlich ging und geht es beim Kolonialismus stets um die Verfügung über wichtige Ressourcen, seit Beginn des 20. Jahrhunderts insbesondere um Erdöl. Die antikoloniale Befreiungsbewegung war nach dem Zweiten Weltkrieg stark genug, die besonders von den USA und Großbritannien angestrebte Fortsetzung dieser kolonialen Ausbeutungsverhältnisse wesentlich einzuschränken. Das wird auch im Nahen und Mittleren Osten an der bis heute wirksamen Nationalisierung des Erdöls in den OPEC-Staaten deutlich.

¹ Junge Welt vom 06./07.05.2006.

Um die Resultate des antikolonialen Befreiungsprozesses im Nahen und Mittleren Osten rückgängig zu machen, konzentrierten sich die USA zunächst auf den Iran, der bereits im April 1951 die Erdölwirtschaft verstaatlicht hatte. Mit aktiver Hilfe der CIA wurde im August 1953 der demokratisch gewählte iranische Ministerpräsident Mossadegh gestürzt und mit dem Schah Resa Pahlavi ein Regime installiert, unter dem nicht nur das Erdöl wieder privatisiert wurde. Gleichzeitig wurde der Iran von den USA zum wichtigsten Verbündeten und zur größten Militärmacht der Region aufgerüstet.

Als der Schah durch die islamische Revolution gestürzt wurde und Anfang 1979 den Iran verließ, folgten ihm mehr als 40.000 US-Militärs, die in diesem Land stationiert waren. Dieser empfindliche Rückschlag war für den damaligen US-Präsidenten Carter Anlass, eine strategische Doktrin zu verkünden, deren Inhalt faktisch bis heute die Politik der USA in dieser Region bestimmt. Von Carter wurden auch die ersten Schritte eingeleitet, um mit dem Erwerb und Ausbau des Stützpunktes *Diego Garcia* im Indischen Ozean eine Militärbasis zu haben, von der aus der Nahe und Mittlere Osten militärisch weitgehend beherrscht werden kann. Als Kern der *Carter-Doktrin* kann gelten: „Jeglicher Versuch irgendeiner auswärtigen Macht, eine Kontrolle über den Raum des Persischen Golfs zu gewinnen, wird als Angriff auf die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten angesehen und wird als solcher mit allen erforderlichen Mitteln, einschließlich der Militärmacht, zurückgeschlagen.“²

Ein weiteres grundlegendes Dokument der langfristig orientierten Strategie der USA zur Schaffung eines neuen kolonialen Imperiums ist das am 19.03.1999 – also fünf Tage vor Beginn des Angriffskrieges gegen Jugoslawien – vom US-Kongress verabschiedete so genannte Seidenstraßenstrategiegesetz (Silk Road Strategy Act). Mit diesem Gesetz hat der US-Kongress die umfassenden wirtschaftlichen und strategischen Interessen der USA in einer riesigen Region, die sich vom Mittelmeer bis nach Zentralasien erstreckt, definiert. In voller Übereinstimmung mit dem von Zbigniew Brzezinski entwickelten geostrategischen Konzept, über die Beherrschung des eurasischen Kontinents die Welt zu beherrschen, zielt die *Seidenstraßenstrategie* darauf ab, die Wettbewerber im Ölgeschäft, darunter Russland, den Iran und China, zu schwächen und die gesamte Region vom Balkan und Schwarzen Meer bis an die chinesische Grenze in einen Flickenteppich US-amerikanischer Protektorate zu verwandeln.³

² Public Papers of the President of the United States, Jimmy Carter 1980-81, Book I, Washington 1981, p. 197.

³ Siehe M. Chossudovsky, *Global Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg*, Frankfurt a.M. 2002, S. 392 f.

Zur Erreichung dieses Zieles hat die Bush-Administration den *Regimewechsel* als zentralen Baustein in ihre Außenpolitik aufgenommen und mit den Kriegen gegen Afghanistan und den Irak militärisch und politisch umzusetzen versucht. Außer *Regimewechselkriegen* gehört zu diesem Konzept auch eine *indirekte Strategie* des *Regimewechsels* in Gestalt der politischen, massenmedialen und finanziellen Unterstützung *verschiedenfarbiger Revolutionen*, wie sie u.a. in Georgien und der Ukraine durchaus erfolgreich praktiziert wurde.

Präzedenzfall Irak-Krieg

Nachdem die USA und Großbritannien glaubten, den Irak durch mehr als zehn Jahre systematische außenpolitische Isolierung, Wirtschaftssanktionen und Luftbombardements hinreichend geschwächt und entwaffnet zu haben, begannen sie am 20.03.2003 den Irak militärisch zu besetzen. In der strategischen Planung der USA sollte das zugleich Präzedenzfall für den Umgang mit zu *Schurkenstaaten* erklärten Ländern und Beginn der politischen und ökonomischen Neuordnung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens durch weitere „*Regimewechselkriege*“ sein.

In diesem Sinne erklärte der frühere NATO-Oberkommandierende US-General Wesley Clark in einem Interview kurz vor Beginn dieser letzten Etappe des Angriffskrieges gegen den Irak, dass das nur der Anfang sei. Danach werde es weitere Militäraktionen gegen Syrien und den Iran geben.⁴ Ähnlich äußerte sich James Woolsey (1993/94 Chef der CIA), ebenfalls unmittelbar vor Beginn des Krieges gegen den Irak, in einem Interview mit dem Spiegel: „Wir müssen dem Nahen Osten die Ölwanne wegnehmen. ... Man braucht eine langfristige Strategie ... Wir fangen jetzt mit dem Irak an.“⁵

Genau an dem Tag, an dem der Einmarsch der US-Streitkräfte in den Irak begann, beschrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung in einem redaktionellen Artikel das Ziel dieses Krieges mit kaum noch zu steigender Deutlichkeit und Zustimmung: „Der Irak soll als Feind verschwinden, indem die Amerikaner ihn mit imperialen Mitteln neu gründen. Die Verwerfungen der postkolonialen Zeit werden durch einen neuen demokratischen Kolonialismus zugeschüttet.“⁶

Eine entlarvende Apologetik von Kriegen zur Beseitigung der „Verwerfungen des postkolonialen Zeitalters“ durch eine erneute Kolonisierung der Völker, auf deren Territorium sich wertvolle Ressourcen befinden, lieferte in

⁴ Siehe Der Tagesspiegel vom 12.02.2003.

⁵ Der Spiegel, Nr. 04/2003, S. 109.

⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.03.2003.

Deutschland Richard Herzinger, als er im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg unter dem Stichwort *Demokratischer Neokolonialismus* schrieb: „Längst dienen militärische Interventionen der Selbstbehauptung westlicher Demokratien – als Instrument ihrer Weltinnenpolitik. Diese läuft auf einen ‚demokratischen Neokolonialismus‘ hinaus.“ Dabei geht Herzinger sogar von der Existenz einer ganzen *neokolonialistischen Epoche* aus und behauptet schließlich: „Ohne sie ist eine Zukunft der offenen Gesellschaften des Westens nicht vorstellbar.“⁷

In ganz anderer Weise als es die Politiker und Ideologen der Bush-Administration gemeint und gewollt hatten – nämlich durch sein faktisches Scheitern - ist ihr Krieg gegen den Irak inzwischen tatsächlich zu einem Präzedenzfall geworden. Für den bis zum Irak-Krieg zu den maßgebenden Strategen der Bush-Administration gehörenden Francis Fukuyama steht inzwischen fest: „In praktisch jedem Fall muss der entscheidende Anstoß für einen Regimewechsel aus der jeweiligen Gesellschaft heraus und nicht durch Druck von außen erfolgen.“⁸ Fukuyama kritisiert in diesem Zusammenhang auch explizit die Militärstrategie Rumsfelds, „der den Irak mit leichten Truppen besetzen und möglichst bald wieder verlassen wollte“, als gescheitert, denn in Wirklichkeit sei nun „das US-Militär in einen langwierigen Guerillakrieg verwickelt.“ Und: „Die Streitmacht aus reinen Freiwilligen, die in den Nachwehen des Vietnamkrieges aufgestellt wurde, war niemals dazu gedacht, derartige Kriege zu führen.“⁹ Nicht zuletzt deshalb habe der Irak-Krieg „gezeigt, dass die Effektivität des US-Militärs deutliche Grenzen hat.“¹⁰ Deshalb plädiert Fukuyama 2006 in deutlicher Abgrenzung von der Bush-Administration und früher von ihm selbst vertretenen Positionen „zunächst einmal für eine weitreichende Entmilitarisierung der US-Außenpolitik und eine Wiederbesinnung auf andere Typen des politischen Instrumentariums.“ Dazu fordert er: „Die Rhetorik über den angeblichen Vierten Weltkrieg und den globalen Krieg gegen den Terrorismus sollte verstummen.“¹¹

Krieg oder keinen Krieg gegen den Iran?

In jüngster Zeit haben insbesondere hohe Militärs der USA Kritik an der Strategie der Bush-Administration im Irak-Krieg geäußert und davor gewarnt,

⁷ R. Herzinger, Wo Demokraten schießen, in: Die Zeit, Nr. 25 vom 12.06.2003, S. 8.

⁸ F. Fukuyama, Scheitert Amerika?, Berlin 2006, S. 135.

⁹ Ebenda, S. 184 f.

¹⁰ Ebenda, S. 191.

¹¹ Ebenda, S. 187.

den Konflikt mit dem Iran durch einen Krieg lösen zu wollen. Und tatsächlich setzen die USA in ihrer Politik zur Schwächung des Iran deutlich stärker auf eine Strategie der außenpolitischen Isolierung dieses *Schurkenstaates* als auf unmittelbare Kriegsvorbereitung. Während sie vor drei Jahren für ihre völkerrechtswidrige Intervention gegen den Irak in imperialistischer Arroganz auf eine Legitimierung durch die UNO verzichteten, sind sie gegenwärtig bestrebt, den UN-Sicherheitsrat möglichst perfekt für die Isolierung und Schwächung des Iran zu instrumentalisieren.

Dennoch gibt es nach wie vor Kräfte, die einen Angriffskrieg der USA und der *freien Welt* gegen den Iran fordern und durch eine regelrechte Kriegshetze über die Massenmedien – auch in Deutschland – vorzubereiten suchen. Ähnlich wie schon Milosevic im Jugoslawien-Krieg und Saddam Hussein im Irak-Krieg, wird gegenwärtig Irans Präsident Ahmadinedschad als *Wiedergänger Hitlers* oder *Hitler von heute* bezeichnet. Springers Welt vom 25.01.2006 veröffentlichte folgende Begründung eines Krieges gegen den Iran durch den in London wirkenden Verleger und einflussreichen Politikberaters Lord George Weidenfeld: „Das Risiko einer militärischen Intervention könnte zwar Opfer in der Größenordnung des Ersten und Zweiten Weltkrieges mit sich bringen, doch der Triumph des islamischen Terrors würde an Grässlichkeit alles überbieten, was uns die Weltgeschichte vermittelte.“

Die Politiker und Militärs, die heute in den USA und anderen NATO-Staaten einen Krieg gegen den Iran ablehnen, lassen sich nach dem Fiasko der Irak-Invasion natürlich auch davon leiten, dass der Iran mit ca. 70 Millionen Einwohnern fast dreimal soviel Menschenpotential wie der Irak mit knapp 30 Millionen hat und mit 1.648.000 Quadratkilometern mehr als viermal soviel Fläche wie der Irak mit 438.300 Quadratkilometern besitzt. Dazu kommt der Tatbestand, dass der Iran gar nicht so leicht zu isolieren ist, da er dank seiner Bodenschätze über ernst zu nehmende Verbündete verfügt. So wird der Iran „gegenwärtig – Krise um sein Atomprogramm hin oder her – von China, aber auch von Indien heiß umworben. Peking hat im Herbst 2004 ein gigantisches Geschäft mit einem Gesamtvolumen von über 70 Milliarden Dollar mit der Islamischen Republik abgeschlossen. ... Von Russland abgesehen, hat kein Staat der Erde so große Gasvorräte wie Iran, und außerdem ist Teheran der viertgrößte Erdölexporteur der Welt.“¹²

Es gibt aber auch Strategen, die die Situation in dieser Region noch wesentlich komplexer beurteilen und zugleich die Notwendigkeit friedlicher Beziehungen zum Iran noch prinzipieller begründen. Der vielleicht prominenteste

¹²E. Follath, Der Treibstoff des Krieges, in: Der Spiegel, Nr. 13/2006, S. 78.

von ihnen ist Zbigniew Brzezinski – nicht zuletzt auch deshalb, weil er als Sicherheitsberater von US-Präsident Carter maßgeblich an der Ausarbeitung der *Carter-Doktrin* beteiligt war. Anfang 2005 beantwortete er in einem Interview mit der Wochenzeitung Freitag die Frage, warum man die Beziehungen zum Iran normalisieren sollte, sehr eindeutig: „Der Iran ist ein ernst zu nehmendes Land mit einer eigenständigen Geschichte und mit einem ausgeprägten Selbstwertgefühl. ... Das Land kann ein Faktor der Stabilität sein. Ich würde einen moderaten Iran mit Nuklearwaffen einem feindseligen Iran vorziehen, der permanent versucht, in den Besitz von Nuklearwaffen zu gelangen, um einer militärischen Intervention der Vereinigten Staaten zu begegnen. Diese Variante wäre weitaus gefährlicher als ein moderates, atomar bewaffnetes Land.“¹³

Für den CDU-Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung Willy Wimmer ist entscheidend, dass der Iran stabil und demokratisch verfasst ist. In einem Interview – ebenfalls mit dem Freitag – erklärte Wimmer: „Weil mit dem Irak-Krieg nachweislich die Büchse der Pandora geöffnet wurde, müssen wir uns ernsthaft fragen, wie lange noch halten die Grenzen im Mittleren Osten. Ich sage das mit Blick auf den gesamten Raum zwischen Afghanistan und Ägypten. ... Wenn ich mir den Raum zwischen Kairo und Kabul ansehe, dann gibt es nicht mehr viele Staaten, die stabil sind – und der Iran ist stabil.“ Und weiter äußerte er: „Wenn George Bush im Mittleren Osten demokratische Standards etablieren will, ist der Iran genau genommen das demokratischste Land, das wir in diesem Raum haben. Man mag dort mit vielem nicht einverstanden sein, aber im Iran kann gewählt werden.“¹⁴

Für Jan Ross schließlich hat sich das globale Kräfteverhältnis seit dem Beginn des Irak-Krieges so gravierend verändert, dass die USA und ihre europäischen Verbündeten sich zwar „einig sind, dass das Mullah-Regime die Bombe nicht bekommen darf. Aber auch mit vereinten Kräften kann der Westen nicht mehr automatisch seinen Willen durchsetzen. ... Das amerikanische Imperium als Ordnung des neuen Zeitalters würde jetzt keiner mehr selbstverständlich ausrufen, anders als vor zwei, drei Jahren, als alle mit Faszination oder Schrecken von einer nie da gewesenen militärischen, ökonomischen und kulturellen Hegemonie der USA redeten. ... An diesem letzten großen Entwurf des Westens als historische Avantgarde nagt nun der Zweifel. Die Rechnung war ohne die Völker gemacht.“ Nunmehr bleiben „dem Westen“ nach Ross noch „zehn oder zwanzig Jahre zum Prägen der globalen Agenda“, doch in dieser

¹³Freitag, Nr. 09 vom 04.03.2005, S. 7.

¹⁴Junge Welt vom 18.02.2005, S. 5.

Zeit müsse er „den Übergang in eine Welt finden, in der wir auch dann noch leben mögen, wenn es mit unserer Macht nicht mehr so großartig bestellt ist.“¹⁵

Autor: Prof. Dr. Dr. Ernst Voit,

Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

¹⁵J. Ross, Und der Westen schaut ratlos zu, in: Die Zeit, Nr. 02 vom 05.01.2006, S. 6.